

Medien-Info zum Fachforum "Religionen in der Schule", 24.-26.11.2006

Die Religionskompetenz muss erhöht werden

Integrativer Religionsunterricht als Antwort auf Herausforderung durch religiöse Vielfalt

Die rechtlichen Rahmenbedingungen verhindern die notwendige Weiterentwicklung des Religionsunterrichts. In dieser Bewertung waren sich alle Teilnehmer des Fachforums "Religionen in der Schule" einig. Am vergangenen Wochenende kamen in Marburg rund 50 Experten der Religionswissenschaft, Religionspädagogik, Lehrerfortbildung sowie Lehrerinnen und Lehrer aus Deutschland und der Schweiz zusammen, um über die Zukunft des Religionsunterrichts zu diskutieren.

Im Religionsunterricht der Zukunft könne es, so *Prof. Dr. Gritt Klinkhammer* von der Universität Bremen, nicht mehr nur um Religionsvermittlung gehen. Gefragt sei statt dessen eine viel weitergehende Religionskompetenz – eine Kompetenz, die es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, die lebensweltliche Bedeutung von Religionen wahrzunehmen, religiöse Überheblichkeit abzubauen, die Interpretationsbedürftigkeit von Religionen zu erkennen und auch die Veränderbarkeit von religiösen Überzeugungen einzubeziehen. Religion, so Klinkhammer, könne nicht auf fixierte Glaubenslehren reduziert werden. In der Ausarbeitung didaktischer und methodischer Konzepte könne die Religionswissenschaft als konfessionell ungebundene Disziplin einen zentralen Beitrag leisten, der über die bloß akademische Wissensvermittlung hinausgehe. Dies zeigten die Lehrerausbildung in Bremen sowie die Mitwirkung am neuen Fach Ethik in Berlin.

In europäischer Perspektive zeigt sich, dass die Etablierung eines "integrativen Religionsunterrichts" als einem kirchenunabhängigen und religionsübergreifendem Angebot an alle Schülerinnen und Schüler vom politischen Konsens der Bevölkerung getragen werden muss. *Wanda Alberts*, ebenfalls von der Universität Bremen, verwies dabei auf die Länder England, Wales, Schweden und Norwegen. So habe man vor kurzem in Norwegen und Schweden einen integrativen Religionsunterricht eingeführt. In England, wo sich die Schüler schon länger im Klassenverband mit den dort vertretenen Religionen auseinandersetzen, sei die Etablierung des Faches im Grunde durch die faktische Multireligiosität der Schülerschaft notwendig geworden. Im Unterschied zu dieser Entwicklung "von unten" wird in der Schweiz in einigen Kantonen ein religionskundlich ausgerichteter Unterricht durch den Staat eingeführt. Dieses Verfahren "von oben"

Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e. V. REMID
Universitätsstraße 55 – D-35037 Marburg – Tel. und Fax: 06421 64270
Bank: Sparkasse Marburg-Biedenkopf (533 500 00), Kto. 100 11 990
lernwerkstatt@remid.de – www.remid.de – www.religion-online.info
Gefördert im Aktionsprogramm »Jugend für Toleranz und Demokratie –
gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«



führe aber zu Widerständen in den Kirchen und auch in der Bevölkerung, auch wenn Experten die Notwendigkeit der Vermittlung von Religionskompetenz anerkennen.

Der Blick auf Europa macht auch deutlich, dass Modelle einer "Lernfeldorientierung" weniger leistungsfähig seien als ein Unterricht im eigenen Fach. Lernfelder bestimmen Themen aus dem Bereich der Religionen, die in den verschiedenen Schulfächern wie Deutsch, Erdkunde oder Musik bearbeitet werden können. Hier gebe es beispielsweise in den Niederlanden, so Alberts, erhebliche Probleme in der Ausbildung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer, die sich durch die Erweiterung des Wissenskanons über ihr angestammtes Fach hinaus zusätzliche Kompetenzen aneignen müssten. Auch die Unterrichtsmaterialien seien oft fragwürdig - eine Einschätzung, die auch die auf dem Marburger Fachforum anwesenden Lehrkräfte für Deutschland und die Schweiz bestätigten. Zwar gebe es vermehrt gutes Material, doch sei es zum Beispiel problematisch, wenn die Tora der Juden in der Regel als Teil des Alten Testaments bezeichnet würde. In Schulen, wo bis zu 90 Prozent Muslime seien, könne zudem kein Lehrmaterial eingesetzt werden, das offen oder versteckt eine christliche Perspektive auf ihre Religion widerspiegelt.

Den "Religionsunterricht für alle", wie er bereits seit fünfzig Jahren in Hamburg praktiziert wird, stellte *Marlitt Gress* von der Hamburger Schulbehörde vor. Die Unterrichtsziele und Methoden, die dort in den Lehrplänen verankert seien, kommen dem integrativen Religionsunterricht bereits sehr nahe: Lebensweltlicher Bezug der Themen, Orientierung auf die religiösen Traditionen im Sinne der Wissensvermittlung sowie Dialog in multireligiöser Perspektive und damit auch Relativierung von Absolutheitsansprüchen. Auch sind die verschiedenen Religionsgemeinschaften - Muslime, Buddhisten, Juden - in die Lehrplanentwicklung einbezogen. Trotzdem werde der Unterricht in Hamburg von der evangelischen Kirche verantwortet, und auch die Lehrkräfte müssen der evangelischen Kirche angehören. Dies sei den Vorgaben des Grundgesetzes geschuldet, denen zufolge der Religionsunterricht in Verantwortung der Religionsgemeinschaften zu organisieren ist.

Dass es in Hamburg nun trotzdem einen offenen Religionsunterricht gebe, sei spezifischen lokalen Entwicklungen nach 1945 geschuldet. Gleichwohl gebe es Probleme, etwa dass die nicht-christlichen Religionen nicht gleichberechtigt in Lehrplanentwicklung und Lehrerschaft repräsentiert seien. "Ein muslimisches Kind nimmt mir als Protestant nicht ab, dass das Kopftuch eine Option, aber kein Zwang ist, auch wenn ich das aus der islamischen Lehre heraus begründe", so Gress. Dass bei kleineren Religionsgemeinschaften oftmals auch Kapazitäten fehlten, adäquate Lehrpläne und Unterrichtsmaterial zu entwickeln, sahen alle Anwesenden als eine der vielen Schwierigkeiten der aktuellen Situation.

Durch neuere Entwicklungen sieht Gress zudem die Zukunft des oftmals so genannten "Hamburger Modells" gefährdet. Die Politik will einen islamischen Religionsunterricht - obwohl die Hamburger islamischen Verbände diesen ablehnen - und die Kirche stehe nicht mehr vollständig hinter dem jetzigen Konzept. Wenn aber ein islamischer Religionsunterricht für Muslime eingeführt würde, haben andere Gemeinschaften bereits angekündigt, ebenfalls einen eigenen Unterricht zu fordern. Damit sei der Ansatz in Hamburg, der eine Öffnung des Religionsunterrichts auf Basis des Grundgesetzes ermögliche, gefährdet.

Dass zurzeit viele Modelle und Projekte existieren, die sowohl den Religionsunterricht im Sinne einer Erhöhung der Religionskompetenz verstehen als auch das Lernen an der Schule an sich verändern, machte bereits zu Beginn der Tagung *Dr. Karl-Heinz Köhler* deutlich. Köhler ist Bundeskoordinator der UNESCO-Schulen, deren Bildungsinhalte explizit auch die UNESCO-Ziele einbeziehen - etwa Völkerverständigung oder Nachhaltigkeit und interkulturelle Kompe-

tenz. An den bundesweit rund 180 UNESCO-Schulen finde oftmals ein fächerübergreifender, projektorientierter Unterricht statt, der ein ganzheitliches Lernen wesentlich besser ermögliche als die Fixierung auf starre Unterrichtsfächer. *Steffen Rink* vom Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienst e. V. REMID, dem Veranstalter des Fachforums, verwies in seiner Einführung bereits auf ähnliche Programme wie etwa die BLK-21-Initiative, die die Ziele der Agenda 21 umsetzt. Zugleich konstatierte Rink eine widersprüchliche Situation: Die zahlreichen innovativen Ansätze würden in Projekten und Modellschulen gefördert und erfolgreich angewendet, doch die Bildungsdiskussion in Deutschland laufe diesen Innovationen entgegen. Hier sei eine neue Fixierung auf Wissensvermittlung im herkömmlichen Fächerkanon feststellbar. Kritisch setzte sich Rink dabei auch mit der Verkürzung der Schulzeit im Gymnasialzweig auseinander. Die Möglichkeiten, die sich durch die Einführung der Ganztagschulen auftun, würden verspielt, weil das achtjährige Gymnasium den Nachmittag für "normalen" Unterricht benötige. Diesen Eindruck bestätigte auch Dr. Köhler. Es gebe in der Politik oftmals Bedenken, weitere Schulen in das UNESCO-Programm aufzunehmen, obwohl das Interesse der Schulen, der Lehrerschaft und der Eltern groß sei.

In Workshops lernten die Teilnehmer verschiedene Methoden für Unterrichtsprojekte kennen, die sich eine Verbesserung der Religionskompetenz zum Ziel gesetzt haben, etwa durch Planspiele oder die Nutzung außerschulischer Lernorte wie Synagogen, Ausstellungen oder sogar Friedhöfe. In der Diskussion der vorgestellten Methoden zeigte sich noch einmal, wie fruchtbar ein Austausch über bestehende Disziplinen hinweg sein kann. So konstatierten die in Marburg anwesenden Religionspädagogen und Religionslehrer, dass sie die Potenziale der Religionswissenschaft neu zu schätzen gelernt hätten. Für die Religionswissenschaft wiederum, die sich das Arbeitsfeld Schule erst seit kurzem erschließt, ist der Austausch mit Praktikern existenziell, um die Anforderungen der Schule besser kennen zu lernen.

Bei allen Unterschieden, die in der Bewertung des bestehenden konfessionellen - separierenden - Religionsunterrichts und integrativen Konzepten von den Teilnehmern ausgetauscht wurden, gab es Einigkeit in einem Punkt: Die Bedeutung, die die Thematisierung von Religionen in der Schule hat, wird sowohl von den Kultusbehörden als auch oftmals von den Schulen selbst zu gering geschätzt. Religionsunterricht ist überdurchschnittlich von Stundenausfall betroffen, seine Leistungen für die Schule, für die Wertevermittlung und nicht zuletzt für die Integration werden nicht hinreichend wahrgenommen. Deshalb kommt es darauf an, die Chancen, die in der Auseinandersetzung mit Religionen in einem eigenständigen, gleichwertigen Schulfach liegen, zu noch stärker herauszustellen.

Das Fachforum *Religionen in der Schule - Chancen für interkulturelle Verständigung und Integration* fand im Rahmen der Lernwerkstatt Weltreligionen von REMID statt. In diesem Modellprojekt werden Unterrichtsmodule und Materialkoffer zu Religionen entwickelt und in Schulprojekten angewendet. Die Lernwerkstatt Weltreligionen wird von der Bundesregierung über das Programm Entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus gefördert. Die Robert Bosch Stiftung, Stuttgart, hat die Veranstaltung "Religionen in der Schule" im Rahmen ihrer Förderung von Projekten zu Integration und neuen Ansätzen der Bildungspolitik ermöglicht.